

Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas:

In was für einem Europa wollen wir leben?

Ein Jahr lang haben Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter der europäischen und nationalen Institutionen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas debattiert. Der Wunsch nach einem besseren, stärkeren und sozialeren Europa spiegelt sich in den Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider. Es ist nun Aufgabe der Politik, auf allen Ebenen die Weichen für die Umsetzung der Ideen zu stellen.

Ein Beitrag von
Axel Schäfer



Foto: European Union 2022 / Philippe Stirnweis

Nach einem Jahr intensiver Beratungen und einer von den Bürgerinnen und Bürgern geführten Debatte hat die Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2022 ihre Arbeit abgeschlossen

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Es ist die Solidarität der europäischen Völker, deren Grundstein der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 in seiner berühmten [Rede](#) gelegt hat. Dass die heutige Europäische Union zu einer demokratischen Einheit zusammengewachsen ist, geht auf die Initiative von Robert Schuman zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

zurück. Die Gewährung von Frieden und Solidarität konnte nur durch die Schaffung gemeinsamer Grundlagen gesichert werden. Und heute erkennen wir das Resultat einer einheitlichen Europäischen Gemeinschaft: Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die gegenseitige Achtung der Völker und die Förderung der Interessen von Bürgerinnen und Bürgern.

71 Jahre danach stellte der 9. Mai 2021 erneut einen Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union dar. Die [Konferenz zur Zukunft Europas](#), ein bis dato noch nie dagewesenes Gremium, dem sowohl zufällig

Zum Autor:

Axel Schäfer, MdB, war Vertreter des Deutschen Bundestages in der Konferenz zur Zukunft Europas.

und repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger als auch nationale Politikerinnen und Politiker, wie Abgeordnete des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Europäischer Kommission und Europäischem Rat angehörten, wurde einberufen. Die Konferenz bot Bürgerinnen und Bürgern die Chance, ihre politischen Wünsche und Vorschläge für die zukünftige Gestaltung unseres Europas einzubringen.

Die Implementierung der bisher höchsten Dimension partizipativer Demokratie wurde am Europatag vertraglich vereinbart. Bürgerinnen und Bürgern unserer Europäischen Union wurden die Türen zum Europäischen Parlament geöffnet, damit diese direkt an der Gestaltung unserer Zukunft mitwirken konnten. Ein Jahr lang bot sich Menschen aus allen Ländern Europas die Möglichkeit, die Europäische Union mitzugestalten und Politikerinnen und Politiker jeder Couleur hörten ihnen zu.

Als Mitglied im Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas konnte man spüren, mit welcher Leidenschaft und welchem Eifer die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger sich für ihr Europa engagieren, wie leidenschaftlich sie für ein besseres, stärkeres Europa brennen. Fast 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ganzen Kontinent nahmen aktiv an Debatten in unterschiedlichen Formaten teil. Besonders junge Europäerinnen und Europäer haben ihre Stimme erhoben, um ihre Vorstellungen eines modernen und fortschrittlichen Europas zu äußern und dieses offensiv einzufordern.

Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips

Kernpunkt der erläuterten Visionen ist unter anderem die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat. Um einer Blockade politischer Handlungsfähigkeit aufgrund einzelner Partikularinteressen zu verhindern, soll die Mehrheit der Länder beschlussfähig sein. Um den Zusammenhalt Europas zu stärken und die Entwicklung einer europäischen Identität zu fördern, soll die EU flexibler werden.

Die Stärkung unserer Demokratie ist der Primat europäischer Identität, Europa als leuchtender Stern der Demokratie in der Welt. Vielfalt als demonstrative Stärke und Einigkeit in Diversität sind die zentralen Bezugspunkte des europäischen Selbstverständnisses für die Generation junger Europäerinnen und Europäer, die in diesem

historisch einmaligen Europa groß geworden sind. Eine Botschaft, die deutlicher in der Konferenz zur Zukunft Europas nicht hätte sein können. Und zugleich eine Verpflichtung für alle anderen Generationen, dieses Europa nicht scheitern zu lassen, sondern europäische Integration, Vielfalt, Frieden und Einigkeit zu forcieren.

Absenkung des Wahlalters

Deswegen folgt aus dieser Konferenz auch die Forderung, das Wahlalter bei Europawahlen auf 16 Jahre zu senken. Die Behauptung, 16- bis 18-jährige Bürgerinnen und Bürger seien nicht reif genug, um die zukünftige Politik mitzugestalten, ist im heutigen Zeitalter kein greifbares Argument mehr. Es folgt der gleichen Argumentation, mit der gegen eine Absenkung des Wahlalters von 25 auf 21 und später von 21 auf 18 Jahre gekämpft wurde. Insbesondere in Zeiten stark sinkender Wahlbeteiligung sehen wir deutlich, wie wichtig es ist, jungen engagierten Menschen eine Chance zur Partizipation zu bieten.



Axel Schäfer, Bundestagabgeordneter und Mitglied im Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas, setzt sich für die Umsetzung der Empfehlungen ein

In der [gemeinsamen Erklärung](#) des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes wurde eine starke Repräsentanz junger Menschen vereinbart. Ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger im Plenum sollte unter 25 Jahren sein. Die Debatte beschränkte sich dadurch nicht auf Themen der Jugendpolitik, wie manche skeptische Stimmen befürchteten. Im Gegenteil wurde in den Debatten deutlich: Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen ein demokratisches, nachhaltiges und soziales Europa. Ein Europa, in dem sie spüren, dass sie Mitspracherecht haben und ernst genommen werden. Ein Europa, in dem Dinge für die Gesellschaft und unser aller Zusammenleben verbessert werden können.



Foto: European Union 2022 / Philippe Stirnweiss

Die Konferenz zur Zukunft Europas bot Bürgerinnen und Bürgern eine bisher einmalige Möglichkeit in der Geschichte der EU, sich an der künftigen Gestaltung Europas zu beteiligen

Europäisches Haus in jeder Gemeinde

Dabei war eine der zentralen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger, Europa erlebbar zu machen. In jeder Gemeinde soll dafür ein Europäisches Haus eingerichtet werden, eine Art Botschaft der Institutionen, der europäischen Errungenschaften und der Vielfalt, die uns verbindet und bereichert.

Viele Bürgerinnen und Bürger attestierten der EU ein starkes Informationsdefizit und mangelhafte Außendarstellung. Gepaart mit anti-europäischen Erzählungen zumeist (rechts-)populistischer Politikerinnen und Politiker werde damit eine Stimmung geschaffen, die der Europäischen Union nicht gerecht werde und zu einer Bedrohung unserer Union werden könnte. Der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Antwortansatz setzt da an, wo der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ihn wahrscheinlich ebenfalls ansetzen würde: vor Ort. Die Menschen dort abholen, wo sie ohnehin bereits sind. Ihren Sorgen und Informationslücken begegnen und sich gemeinsam Anknüpfungspunkte an die EU kreieren.

Verlauf der Zukunftskonferenz

Die Rahmenbedingungen der Konferenz waren zugleich ihre Begründung als auch ihre Geißel. Die Eurokrise, die Wirtschaftskrise, die Flüchtlingskrise und vor allem die politische Krise der Europäischen Union summierten sich zu einer Gemengelage, in der nach unkonventionellen Antworten gesucht und diese Konferenz geboren wurde. Pünktlich zur geplanten Konstituierung kam die

Corona-Pandemie dazu, was eine Verkürzung des Konferenzzeitraumes von zwei Jahren auf ein Jahr zur Folge hatte. Dies führte quantitativ zu einer spürbaren Erhöhung der Termine, qualitativ dank der engagierten Arbeit aller Beteiligten aber zu keinem Verlust.

Die Vorschläge aus der Konferenz, die von den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wurden, gingen danach in Arbeitsgruppen, in denen die Vorschläge gruppiert, debattiert und konsolidiert wurden. Es stellt sich keine geringere Frage als: In was für einem Europa wollen wir leben? Die Antwort der Bürgerinnen und Bürger in der Zukunftskonferenz ist laut, deutlich und vor allem unmissverständlich. Sie erwarten ein nachhaltiges, progressives und sozialgerechtes Europa. Ein Europa, in dem mit Freiheit nicht nur der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen gemeint ist, sondern in dem ökologische und bürgerliche Freiheiten eingeschlossen sind. Ein Europa, das soziale Rechte garantiert, ohne dabei bei den Werten oder der Wirtschaft Abstriche vorzunehmen. Ein Europa, das mit einer Stimme in der Welt mit einem klaren Wertekompass spricht. Ein Europa, das vor Ort erlebbar ist, Handlungsfähigkeit demonstriert und schnelle Entscheidungen praktiziert. Kurzum ein Europa, das auf die Herausforderungen unserer Zeit angemessen reagieren kann und wird.

Für und Wider von Vertragsänderungen

Nach nur einem Jahr legte die Konferenz ihr vorläufiges Abschlussdokument vor. Zugestimmt haben dazu alle Beteiligten im Konsens. Damit wurde diese Schlussakte zu dem Dokument mit der breitesten Legitima-

tion, das in der EU bisher beschlossen wurde. Selbst wenn es keine verpflichtende Bindung für die Institutionen festschreibt, sind nun mutige Schritte der gesamten Institutionen der EU erforderlich.

Ausgerechnet hier zeigt sich eine sehr zögerliche Haltung insbesondere des Rates und der Kommission. Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen möchte sich zu der geplanten Umsetzung der Vorschläge bei ihrer Rede zur Lage der Union im September äußern. Der französische Ratsvorsitz, der just zu Ende gegangen ist, wollte unmittelbar nach dem Ende der Konferenz einen Konvent zu Vertragsänderungen einberufen, legte das aber aufgrund des absehbaren Widerstandes insbesondere der osteuropäischen sowie der nordischen Mitgliedstaaten vorerst auf Eis. Das Europäische Parlament versucht durch Resolutionen eine Umsetzung zu erzwingen und arbeitet weiter auf die **Einberufung eines Konvents** hin.

Die Sorge im Rat ist eine Spaltung Europas bei verbrieft weiterer Integration der EU, was insbesondere angesichts der Bedrohung durch Russland aber auch darüber hinaus geopolitisch eine starke Schwächung der EU darstellen würde. Aber im Gegenteil: Die Verträge der Europäischen Union basieren auf stetiger Weiterentwicklung. Europa verändert sich ständig und benötigt zur Problemlösung – wenn nötig – Vertragsänderungen. Gute Zukunftsaussichten lassen sich nur durch die Ideenvielfalt realisieren und sind auf ernstzunehmende Bürgerbeteiligung angewiesen. Der Gefahr eines wachsenden Nationalismus müssen wir in der Europäischen Union durch Solidarität und Meinungsvielfalt entgegenwirken.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich über nationale Grenzen hinweg für eine europäische Einigkeit und Verbundenheit ausspricht. Sie erheben ihre Stimme gegen jegliche Art der Ausgrenzung. Nationalismus ist ein Irrtum, der zwangsläufig in Krieg mündet. Die europäische Aufgabe ist es, Frieden sicherzustellen und dagegen vorzugehen. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger wird das Interesse an politischer Beteiligung langfristig potenzieren. Eine zentrale Forderung von ihnen ist, dass die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und demokratische Möglichkeiten erweitert werden.

Auf dem Weg von Demokratie und Freiheit in Europa wurde am 9. Mai 2022 ein Ziel erreicht. Der **Abschlussbericht** mit 49 Vorschlägen ist der Anfang einer tiefgreifenden Veränderung im Europäischen Parlament.



Foto: European Union 2022 / Daina Le Lardic

Erst 1992 sprach Willy Brandt eines seiner bekanntesten Zitate, das zu den aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union passt, wie kein Zweites: „Nichts kommt von Selbst und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Europa ist eine bürgernahe Institution. Die Europäische Union ist keine von den Menschen abgekoppelte Instanz. Europa formen wir alle mit. Lasst uns in diesem Sinne eine neue Europäische Union schaffen. Nicht auf einen Schlag, sondern durch konstante Veränderung. Schaffen wir konkrete Tatsachen, schaffen wir eine „Solidarität der Tat“.

Bei der Abschlussfeier erhielten (vordere Reihe von links) die Präsidentin der Europäischen Kommission, Dr. Ursula von der Leyen, die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und Präsident Emmanuel Macron stellvertretend für den Ratsvorsitz den Abschlussbericht mit Vorschlägen für das Zukunft Europas

Infos

Rede des französischen Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950:

☞ https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/1945-59/schuman-declaration-may-1950_de

Konferenz zur Zukunft Europas:

☞ <https://futureu.europa.eu/?locale=de>

Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas:

☞ https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/de_gemeinsame_erklärung_zur_konferenz_uber_die_zukunft_europas.pdf

Abschlussbericht zur Konferenz zur Zukunft Europas mit den 49 gemeinsamen Vorschlägen:

☞ <https://futureu.europa.eu/pages/reporting>

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge vom 9. Juni 2022:

☞ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0244_DE.pdf